

Europa und seine Integration

(Die Informationen stützen sich auf die Zusammenstellung von Edwin Züger; vgl. <http://www.isme.ch/Geschichte-HTML-Version/Home.htm>)

Anstoss - Impulse

- > Erfahrungen mit den beiden Weltkriegen - Folgen des Nationalismus
- > Churchills Zürcher-Rede
- > US-Marshall-Plan für den Wiederaufbau Europas

Ziele

- Überwindung des Nationalismus = Vermeidung von Kriegen
- Sicherung des Friedens
- Förderung von Wohlstand und Sicherheit

Integrationschritte

1948 OEEC (Organization for European Economic Cooperation)

↳

1961 OECD (+USA, CA, JP)

(Organization for Economic Cooperation and Development)

1949 COMECON (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)
Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und ihren Satelliten
NATO
(North Atlantic Treaty Organization)

EUROPA-RAT

Sitz: Strassburg, 10 Gründerstaaten; 1999: 41 Mitglieder; 92 JU ausgeschlossen

Ziel: Behandlung aller Fragen der europäischen Einigung, exkl. Militär u. Wirtschaft

Hauptbereiche

- Menschenrechte
- Jugendfragen
- Gesundheitswesen
- Umweltschutz
- Soziale Fragen
- Kulturaustausch - Anerkennung von Schuldiplomen
- Harmonisierung des nationalen Rechts

Leistung: ca. 170 Konventionen

Organe:

Parlament

(Vertretung der nation. Parlamente)
Vorschlagsrecht u. Kontrolle

Ministerkonferenz (alle Aussenmin)

Entscheidungsbefugnis

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg

1963

Beitritt der Schweiz

1951 Montanunion (EGKS): F, BRD, I, NL, B, L

1954 Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft (gescheitert an FR ↳ WEU)

1957/58 EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS-GEMEINSCHAFT (EWG)
Römerverträge zw. FR, BRD, I, NL, B, L (EGKS, EWG, EURATOM)

1960 EFTA - European Free Trade Association
DK, GB, IRL, S, FIN, A, P, GR, CH, N, IS, FL
Ziel: Freier Handel für Industrie- und Gewerbegüter,
ABER keine politische Zielsetzung >> kein Souveränitätsverlust

1967 Europäische Gemeinschaft: EGKS+EWG+ Euratom ↳ EG

EG-Erweiterungen:

1972	GB, DK, IRL
1981	GR
1986	E, P
1995	A, S, FIN

als Folge schliesst die **Schweiz 1972 mit der EG einen Freihandelsvertrag**

Vertragsrevisionen der EG bzw. EU

1986 - Mehrheitsentscheidungen
- Europäische Parlament erhält legislative Kompetenzen

1990 Abkommen von Schengen: (Umsetzung ab 1995 bzw. 1997 alle)
- Abschaffung der Kontrollen für Personen und Waren an den Binnengrenzen
↳
Strengere Kontrollen nach aussen
Gemeinsame Einreise- und Asylpolitik
- Gemeinsame Sicherheits- und Aussenpolitik (GASP)

1991 MAASTRICHTER VERTRAG ↳ Europäische Union (EU)

- ab 1993 Europäischer Binnenmarkt ↳ "Vier Freiheiten"
- Schaffung eines Europäischen Währungs-Instituts (EWI)
- 1994 Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten (EWR)
- 1995 Erweiterung der EU: A, FIN, S
- ab 1996 schrittweise Einführung einer gemeinsamen Währung:
 - > frühester Eintritt in die Währungsunion 1997
 - > spätester Eintritt in die Währungsunion 1999

Aktuelle Entwicklungen:

1999 Europäische Wirtschafts- u. Währungsunion (WWU)

Für den Eintritt gelten die Maastrichter Konvergenzkriterien:

- Mindestens zwei Jahre im Europäischen Währungssystem (max. 15% floaten)
- Inflation darf höchstens 1.5% über dem Ø der 3 preisstabilsten Länder sein.
- Langfristige Zinsen dürfen höchstens 2% über Ø der preisst. Länder liegen.
- Haushaltsdefizit darf BIP höchstens um 3% übersteigen.
- Gesamte Staatsverschuldung darf höchstens 60% des BIP betragen.

EU-Erweiterung

- **Beitrittswillige Staaten:** Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Bulgarien, Türkei, Malta, Zypern
- 1998 Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Zypern
- 2000 Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Lettland, Litauen, Slowakei, Bulgarien, Rumänien und Malta

- **Vertrag von Nizza** seit 2000 beraten: Anpassung der Funktionsweise der europäischen Institutionen befassen; Weg für eine institutionelle Reform frei, angesichts der Erweiterung der Europäischen Union um mehrere ost- und südeuropäische Länder.

Veränderungen: vor allem die Begrenzung der Größe der Kommission und ihre Zusammensetzung, die Ausweitung der qualifizierten Mehrheit, eine neue Stimmengewichtung im Rat und eine flexiblere Gestaltung der verstärkten Zusammenarbeit. Daneben: Vereinfachung der Verträge, Abgrenzung der Zuständigkeiten, Status der Grundrechte-Charta und Rolle der nationalen Parlamente.

1.1.99 Einführung des EURO (B, D, GR, FIN, F, IRL, I, L, NL, A, P, E) für den bargeldlosen Zahlungsverkehr

€

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)
Stabilitäts- und Wachstumspakt
ab 2002 Noten und Münzen = effektive Währung

Seit 2000 Reformdiskussion (ausgelöst durch dt. AM Fischer)

€

Europäische Föderation

Gegensätzliche Vorstellungen zwischen Deutschland und Frankreich; die Diskussion hängt eng zusammen mit der Aufnahme weiterer Mitglieder. Die EU muss ihre Institutionen überprüfen und anpassen.

1.2.2003: Vertrag von Nizza in Kraft

2004 Beitritt neuer Staaten zur EU

Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien

Die Schweiz und die Europäische Union

1992 Schweiz lehnt Mitgliedschaft im EWR ab (AUNS, SVP, SD)

€

Alternative: Bilaterale Verhandlungen über Teile der "Vier Freiheiten"
> Dossier über den Personenverkehr
> Dossier über Verkehrsfragen: Landverkehr, NEAT, Luftverkehr
> Dossier über Landwirtschaftsfragen
> Dossier über Bildung und Wissenschaft

Verflechtung der Schweiz mit der EU

> 80 % der Importe

> 60 % der Exporte

> 80 % der ausländischen Arbeitskräfte

> 50 % der schweizerischen Auslandsinvestitionen = Buchungswert über 30 Mrd.

> Schweizer Firmen haben ca. 500'000 Arbeitsplätze in EU

1998 Einigung in den bilateralen Verhandlungen

€

1999 Parlament berät und billigt die bilateralen Verträge

€

2000 Referendum: Annahme mit 67%

2001 Volksabstimmung zur Initiative „Ja zu Europa“ sehr deutlich abgelehnt

2005 Bilaterale Verträge II alle (auch die umstrittenen zur Personenfreizügigkeit und zum Schengen-Dublin-System (innere Sicherheit und Asylwesen) angenommen

Schweiz und UNO

1986 Ablehnung des UNO-Beitritts

1995 Ablehnung der UN-Blauhelme

aber die Schweiz ist Mitglied in den wichtigsten UN-Unterorganisationen und in der OSZE

1997 Bundesrat greift die Frage eines UNO-Beitritts wieder auf.

1999 NR-Wahlen deuten eher auf Anti-Integrationskräfte hin.

AM Deiss äussert sich zugunsten eines UNO- und EU-Beitritts.

2000 Beginn der Vernehmlassung zu einem UNO-Beitritt

Initiative „Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen“ eingereicht

2002 Schweiz tritt der UNO bei